

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 8

Artikel: Die Wahlen am 22. März in der Stadt Zürich
Autor: Heeb, Friedrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334285>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

des Arbeiters gar nicht zu vergleichen. Der Bauer arbeitet auf seinem Heim, er arbeitet für eigene Rechnung, für den eigenen Vorteil, der Arbeiter aber für den Lohn.»³²

Damit aber ist Greulich zugleich bei gewissen Grenzen der Verständigung von Arbeiter und Bauer angelangt: beim Unternehmercharakter des selbständigen Landwirts, und damit zeichnen sich gleichzeitig die Grenzen seiner agrarpolitischen Erkenntnis ab. Das Verdienst Greulichs liegt darin, innert der Möglichkeiten einer Verständigung in der Bauernfrage alles getan zu haben, damit — wie er selbst einmal gesagt hat — die beiden größten Volksklassen, die Bauern und Arbeiter, sich gegenseitig verstehen lernen.»³³

³³ Lohnstatistik, 1. Heft, S. 89.

³² a. a. O., Jg. 1922, S. 424.

Die Wahlen am 22. März in der Stadt Zürich

Von Friedrich Heeb

Nach vierjähriger Amts dauer waren am 22. März 1942 die beiden obersten Behörden der Stadt Zürich für eine neue Legislaturperiode zu bestellen. Dabei wurde die sozialdemokratische Mehrheit in der Exekutive, dem neunköpfigen *Stadtrat*, bestätigt. Als Stadträte wurden die fünf Genossen Ernst Nobs, Jakob Baumann, Jakob Peter, Dr. Willy Spühler und Dr. jur. Aug. Ziegler mit einer Stimmenzahl von 30 021 bis 38,575 Stimmen gewählt, während es der Landesringkandidat Architekt Heinrich Ötiker auf 31,670 Stimmen brachte, die zwei Freisinnigen Erwin Stirnemann und Dr. Emil Landolt auf 26 077 bzw. 20 906 Stimmen und der Katholisch-konservative Anton Higi auf 20 255 Stimmen. Nicht wiedergewählt wurde der bisherige Vertreter der Demokraten, Dr. Robert Kunz, auf den 20 131 Stimmen entfielen.

Die Konstellation bei den diesmaligen Stadtratswahlen war für die Sozialdemokratische Partei dadurch wesentlich erschwert, daß von ihren bisherigen fünf Vertretern drei altershalber eine Wiederwahl ablehnten, nämlich die Genossen Dr. Emil Klöti, der seit 1907 dem Stadtrat angehörte und seit März 1928 das Amt des Stadtpräsidenten bekleidete, der Genosse Jean Briner, seit 1928 städtischer Schulvorstand, und Genosse Jakob Gschwend, seit 1920 Vorsteher des Vormundschafts- und Armenwesens. Als neuen Stadtpräsidenten portierte unsere Partei den Genossen Ernst Nobs, der seit Frühjahr 1936 Mitglied des Zürcher Regierungsrates war und von 1937 ab das Amt des kantonalen Volkswirtschaftsdirektors bekleidete.

Auf bürgerlicher Seite traute man sich nicht zu, den Kampf um die Mehrheit und um den Posten des Stadtpräsidenten aufzunehmen. Zwar unternahmen die Freisinnigen nachträglich noch einen Anlauf zum Sturm

auf das rote Stadthaus, indem auf Begehrungen einer Gruppe rechtsreaktiver Scharfmacher eine freisinnige Delegiertenversammlung Herrn Stirnemann als Stadtpräsidenten auf den Schild erobert. Katholischkonservative und Demokraten versagten aber dieser Verlegenheitsnomination ihre Unterstützung, und so lehnte der Erkorene die Stadtpräsidentenkandidatur ab.

Der Landesring der Unabhängigen holte zu einer heroischen Gebärde aus, kündigte an, er werde mit Gottlieb Duttweiler als Stadtpräsidentenkandidat eine Fünferliste aufstellen und den Kampf um die Eroberung der Mehrheit führen, wenn die andern Partner keine genügend qualifizierten Leute vorschlagen. Als unsere Partei mit dem Genossen Nobs als Kandidat für das Stadtpräsidium aufrückte, sah der Landesring von seinem Vorhaben ab, begnügte sich mit einem Stadtratskandidaten in der Person des Bauleiters der Landesausstellung in Zürich 1939, Architekt Ötiker. Dieser war bis 15. Februar 1942 Mitglied der Freisinnigen Partei, der er seinen Austritt erst zustellte, da er Landesring-Stadtratskandidat geworden war. Dem Landesring gehörte er allerdings *neben* der Freisinnigen Partei schon mehrere Jahre an. Dank seiner Popularität als Ausstellungsarchitekt und dazu der üblichen bombastischen Reklame, die Herr Duttweiler für ihn unternahm, brachte es Herr Ötiker, der übrigens von keiner Seite ernstlich angefochten war, auf mehr als 30 000 Stimmen und wurde gewählt.

Die Demokraten lehnten diesmal, entgegen alter Übung, bei den Gemeinderatswahlen die Listenverbindung mit den anderen bürgerlichen Parteien ab. Das lieferte den Freisinnigen einen Vorwand zur Preisgabe der demokratischen Stadtratskandidatur von Dr. Robert Kunz. So erlangte der bisherige demokratische Vertreter in der Exekutive der Wahlhilfe der anderen bürgerlichen Parteien und blieb am 22. März auf der Strecke. Zwischen ihm und dem Christlichsozialen Higi besteht allerdings nur eine Differenz von 124 Stimmen.

Als neuer *Stadtpräsident* wurde unbestritten der Sozialdemokrat *Ernst Nobs* mit 35 434 Stimmen gewählt. Die Kommunisten leisteten sich zwar in ihrem Otto Brunner eine Juxkandidatur, die aber ihren Zweck, in die Reihen der proletarischen Wähler Verwirrung hineinzutragen, nur in ganz geringem Maß erfüllte.

Bei der *Neuwahl des Gemeinderates* hat unsere Partei eine Niederlage erlitten. Dem 125köpfigen Gemeinderat gehörten bisher an: 62 Sozialdemokraten, 29 Freisinnige, 4 Demokraten, 10 Christlichsoziale und 20 Landesringler. Am 22. März 1942 wurden neu gewählt: 48 Sozialdemokraten, 23 Freisinnige, 3 Demokraten, 13 Christlichsoziale, 37 Landesringler und 1 Freigeldler. Die Sozialdemokraten kehren also um 14 Mandate geschwächt in das Gemeindepalament zurück, die Freisinnigen verlieren sechs Mandate, die Demokraten büßen 1 Vertreter ein, während die Christlichsozialen 3 Sitze und die Landesringler 17 Sitze gewannen. Der faktische Verlust unserer Partei beträgt allerdings nicht 14, sondern 12 Mandate. Denn im März 1938 waren bloß 60 Sozialdemokraten gewählt worden, die 2 weiteren Mandate fielen uns im Lauf der Amtsdauer nach Verbot der Kommunistischen Partei zu.

Die Schwächung der sozialdemokratischen Position im Stadtschweizer Gemeindeparkt ist dennoch eine ernste Sache und die politische Bedeutung dieses Wahlausgangs soll auch an dieser Stelle in gar keiner Weise herabgemindert werden. Am 22. März 1942 hat sich in der Stadt Zürich für die einzelnen Parteien folgende Wählertärke ergeben:

	1938	1942
Sozialdemokraten	33 003	26 507
Freisinnige	12 908	11 389
Demokraten	4 237	3 912
Evangeliker	1 072	1 232
Christlichsoziale	5 933	6 670
Ba-Ge-Bü	2 288	—
Landesring	12 679	20 720
Freigeldler	1 940	2 086

In Prozenten ausgedrückt, hat sich die Wählerschaft der verschiedenen Parteien von 1938 bis 1942 also verändert:

	1938	1942
Sozialdemokraten	41,6	36,6
Freisinnige	16,3	15,7
Demokraten	5,3	5,4
Evangeliker	1,3	1,7
Christlichsoziale	7,5	9,2
Ba-Ge-Bü	2,9	—
Landesring	16,0	28,5
Freigelder	2,4	2,9

Hätten die Freisinnigen am 22. März 1942 nicht die Stimmen der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei auf ihren Listen für den Gemeinderat aufgefangen, so wäre ihr Wahlverlust von 1938 bis 1942 noch größer, nämlich statt 1519 minus ein solcher von 3807 oder statt 0,6 minus 3,5 Prozent.

Die Stimmteilnahme war bei den Wahlen am 22. März 1942 ganz wesentlich geringer als bei allen früheren Wahlgängen, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht:

Bei den Wahlen am 22. März war zwischen der Zahl der Stimmberechtigten und der Stimmenden folgendes Verhältnis zu konstatieren:

Kreis	1	Stimmberechtigte	Stimmende
		6 639	3 432
»	2	8 914	6 191
»	3	14 870	10 915
»	4	14 473	9 668
»	5	5 752	4 016
»	6	13 237	9 456
»	7	9 747	7 070
»	8	7 179	4 997
»	9	6 245	4 469
»	10	9 298	7 073
»	11	9 999	7 334
<i>Ganze Stadt</i>		<hr/> 106 389	<hr/> 74 721

Für die ganze Stadt ergibt sich am 22. März 1942 eine Wahlbeteiligung von 70,2 Prozent. Im März 1938 betrug sie 80,6 Prozent. Von 1938 bis 1942 ist also die Wahlbeteiligung um 10,4 Prozent zurückgegangen. Bei den städtischen Gesamterneuerungswahlen im März 1938 betrug in den einzelnen Stadtkreisen die prozentuale Wahlbeteiligung:

Kreis	In Prozenten	
	am 22. März 1942	am 20. März 1938
1	53,2	65,9
» 2	69,4	80,4
» 3	73,4	84
» 4	66,8	80,8
» 5	69,8	81,3
» 6	71,2	79,8
» 7	71,5	81,7
» 8	69,6	78,5
» 9	71,5	83,2
» 10	77,1	84,9
» 11	73,3	82

Ohne Zweifel ist die Sozialdemokratische Partei durch die so viel schlechtere Wahlbeteiligung am schwersten benachteiligt worden. Die Stimmabteilung war in den mehr proletarischen Stadtkreisen 3, 4 und 5 (dem alten Außersihl), abgesehen vom Stadtkreis 1, in deren engen Gäßchen die allerärmsten Menschen hausen, am schlechtesten. In diesem verminderten Interesse der proletarischen Wählerschichten kommt eine *Apathie* zum Ausdruck, deren Ursachen in den Kriegsereignissen und ihren Wirkungen auf die Psyche der unteren Volkskreise erblickt werden müssen. In der Stadt Winterthur, wo am gleichen Tag ebenfalls Wahlen stattfanden, die mit der Verminderung der sozialdemokratischen Vertretung im 60köpfigen Großen Gemeinderat von 28 auf 26 Köpfe endeten, manifestierte sich die gleiche Erscheinung. In den früheren Winterthurer Vororten Töss und Wülflingen mit ihrem ausgeprägt proletarischen Einschlag gingen zusammen 250 Wähler weniger als 1938 zur Urne. Unser Winterthurer Parteiblatt kommentierte diesen Stimmenausfall unter anderem wie folgt:

«... Ein weiterer Teil der Arbeiterschaft verspricht sich von Wahlen keine Änderung der heutigen chaotischen Zustände; man rechnet eher damit, daß sowieso bald einmal ein Zusammenbruch der heutigen Wirtschaftsordnung wie der politischen erfolgen müsse und daß dann auch die Schweiz mit hineingerissen werde. All das trägt dazu bei, daß Arbeiter auf den Gang zur Urne verzichten und leider dann dazu beitragen, daß die Schwächung unserer Seite zu einer Verstärkung der bürgerlichen Seite führt.»

Es wäre meines Erachtens eine Selbsttäuschung, wenn wir uns verhehlen wollten, daß keineswegs äußere Umstände, sondern gewisse psychologische Vorgänge innerhalb der Wählerschaft zur Hauptsache die sozialdemokratischen Stimmenverluste herbeigeführt haben. Der seelische Zermürbungsprozeß, der schon in den Jahren der großen Wirtschaftskrise begonnen hat, macht mit der Dauer des Krieges auch im Gebiet der wenigen kleinen Oasen, die er bisher unmittelbar nicht berührte, immer größere

Fortschritte. Ohne diese geistig-seelische Aufnahmefähigkeit wäre es dem Landesring der Unabhängigen trotz der von ihm aufgewendeten wahrhaft riesenhaften Propagandamittel nicht gelungen, in Zürich, dem Ausgangspunkt der ganzen Duttweilerbewegung, einen solch großen Wahlerfolg zu erzielen. Die eigentlich proletarischen Wählermassen sind übrigens der Landesringpropaganda auch am 22. März 1942 in Zürich weit weniger erlegen, als das «Stehkragenproletariat», die Angestellten und Beamten sowohl der öffentlichen als der privaten Betriebe. Von diesem Hinströmen zum Landesring ließen sich sehr viele Festbesoldete auch durch die denselben Aufklärungs- und Atomisierungstendenzen dienende Hetz- und Haßkampagne des Bundes der Subventionslosen nicht abhalten. Was der Elefantenklub vor dem 22. März 1942 zur kollektiven und individuellen Beschimpfung und Verächtlichmachung der öffentlichen Funktionäre geleistet hat, läßt sich nicht beschreiben.

Dazu kam dann erst noch die destruktive Tätigkeit der Kommunisten, deren einzige Sorge bei den Zürcher Wahlen die Schwächung der sozialdemokratischen Position war, zu welchem Zweck sie die Arbeiterquartiere mit ihren Zirkularen und Flugblättern unmittelbar vor dem Wahltag regelrecht überschwemmten.

Wer in dieses ganze Getriebe hineingesehen hat, kann sich über das Wahlergebnis des 22. März nicht sonderlich verwundern. Zur Kopfhängerei ist aber trotz alledem kein Anlaß. Wir haben eine Wahlschlappe erlitten, die uns im Gemeindepalament erheblich geschwächt, uns vorübergehend zurückgeworfen hat. Die Scharte werden wir wieder auszuwetzen, uns der Konjunkturritter von der traurigen Gestalt, die aus der Verworrenheit der ganzen Weltlage wie aus der von ihr hervorgerufenen Verworrenheit der Gemüter Nutzen gezogen haben, ein anderes Mal ganz und gründlich zu erwehren wissen.

Wirtschaftliche Demokratie

Von Otto Wild

In der englischen Arbeiterpartei und in dem Kreis von Gelehrten und Schriftstellern, die sich in England mit dem Problem der Nachkriegszeit befassen, wird immer wieder die Überzeugung ausgesprochen, daß keine Rettung aus dem Chaos der heutigen Verhältnisse, und daß kein längerer Friede möglich ist, wenn nicht auch die wirtschaftlichen Grundlagen gründlich geändert werden. Wie politisch eine fruchtbare Zusammenarbeit aller nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Demokratie, möglich ist, so ist auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Menschen und aller Staaten eine notwendige Voraussetzung für die geordnete Zusammenarbeit in der inneren und äußeren Politik. Die englische Arbeiterpartei hat schon im November 1939 eine Deklaration veröffentlicht, in der es unter anderem heißt:

«Nicht weniger gefährlich als die politische ist die ökonomische Anarchie der Welt. Wenn der Krieg zu Ende ist, wird es ein weitverbreitetes ökono-